

spricht auch von Überflussgesellschaften –, wird weiterhin alles daran gesetzt, eben dieses Wachstum zu fördern. Dies ist aus zwei Gründen verheerend. Zum einen führt uns diese Entwicklung früher oder später in den ökologischen Kollaps, zum andern befriedigen mehr Güter nicht automatisch mehr echte Bedürfnisse. Welche absurden Züge dies annehmen kann, zeigt die Tatsache, dass die Wirtschaft heute gezwungen ist, uns mit Hilfe von Werbung Bedürfnisse einzureden, die wir ohne sie gar nicht hätten. Im Extremfall kann man sogar beobachten, dass der wahrhaft glückliche Mensch heute als ökonomische Katastrophe angesehen wird, da er sowohl als Produktionsfaktor wie auch als Konsumfaktor ausfällt. Suffizienz tritt dieser Entwicklung entgegen, indem sie die Frage nach dem Verständnis von Fortschritt aufwirft. Sie kann helfen, unnötigen Ballast abzuwerfen und das Besinnen auf Tätigkeiten, die uns als Menschen weiter bringen, zu fördern. Sie muss keinesfalls eine Beschränkung bedeuten, sondern kann vielmehr Mehrwert schaffen.

Dennoch wird Suffizienz in der politischen Debatte oft auf einen mahnenden Zeigefinger reduziert und als moralisch durchtränkt zurückgewiesen. Ist aber die Annahme, dass ein Mehrkonsum immer auch zusätzlichen Nutzen mit sich bringt, nicht genauso normativ? Warum erwarten wir nicht ganz selbstverständlich, dass sich die soziale Güte einer jeden Gesellschaft nicht an der Höhe und Geschwindigkeit individuellen Konsums, sondern an der Dichte und Qualität gemeinschaftlicher Interaktionen bemisst? Weshalb formulieren wir kein Recht auf Suffizienz, das etwa lauten könnte: Niemand soll immer mehr haben wollen müssen? Vor dem Hintergrund eines solchen Schutzrechtes wäre es Aufgabe der Politik, Suffizienz zu schützen und zu ermöglichen.

#### Mögliche Reformansätze

Zum einen muss das Ziel einer solchen Politik sein, den der Marktwirtschaft inhärenten Wachstumszwang und vor allem ihren Wachstumsdrang wesentlich zu reduzieren und an normative Qualitätsziele zu knüpfen. Hierzu seien zwei mögliche Ansätze kurz angedeutet. Erstens die Minderung des Wachstumsdrangs durch Umgestaltung der Rechtsformen von Unternehmungen. Konkret könnte die Aktiengesellschaft ersetzt werden durch eine Unternehmensform, die nicht in gleicher Weise auf Wachstum ausgerichtet ist, z.B. die Stiftung. Zweitens ein Einbau der Eigenarbeit und eines obligatorischen Sozialdienstes in die Einkommenspolitik. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass nicht nur monetär entgeltete Arbeit, also der Lohnerwerb, massgebend ist für

die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern auch die Eigenarbeit, d.h. die Arbeit zur Selbstversorgung, sowie die Sozialdienste zur gegenseitigen Hilfe.

Zum andern geht es auch darum, eine gerechtere Verteilung des Vorhandenen zu erreichen. Die Marktwirtschaft maximiert zwar auf effiziente Weise den Wohlstand, ist aber oft blind gegenüber Verteilung und Gerechtigkeit. Als ein weiterer Reformansatz kann das bedingungslose Grundeinkommen, kombiniert mit geschickter Fiskalpolitik, ein Weg sein, die eigentlich zur Genüge vorhandenen Güter gerechter zu verteilen. Denn mit einer gesicherten Grundversorgung wird erreicht, dass, besonders bei ökonomischen Krisen, nicht die Ärmsten die grössten Lasten tragen müssen, beispielsweise in Form von Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsbedingungen. Suffizienz dient dabei als Leitidee für ein

entsprechendes politisches Handeln. Sie fördert das Verständnis dafür, dass unsere Gesellschaft sich grundlegend ändern muss, soll sie denn nachhaltig werden, und macht deutlich, dass die notwendigen Veränderungen auch einen Mehrwert bedeuten können – nämlich ein Mehr an Lebensqualität.

Dieser Artikel ist eine Collage aus Texten des Studio!sus zum Thema Suffizienz, welcher vom Autor mitgestaltet wurde. Alle entsprechenden Textfragmente wurden unter creative commons Lizenzen veröffentlicht.

**Martin Hurni** ist Bachelor in Umweltnaturwissenschaften und studiert momentan im Masterstudengang «Geschichte und Philosophie des Wissens» an der ETH Zürich. Er hat sich intensiv mit dem Thema Suffizienz beschäftigt, insbesondere als Chefredaktor des Studio!sus. [www.studiosus.project21.ch](http://www.studiosus.project21.ch)

#### VIVIR BIEN

# DAS GUTE LEBEN ALS PARADIGMA DER ZUKUNFT

**PHILIPP ZIMMERMANN.** SEIT EINIGEN JAHREN ERLEBT LATEINAMERIKA EINEN POLITISCHEN AUFBRUCH. DIE EMANZIPATORISCHEN REGIERUNGEN IN ECUADOR UND BOLIVIEN STEHEN NICHT NUR FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT, WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION, SONDERN AUCH FÜR EIN NEUES LEBENSMODELL: DAS <VIVIR BIEN>.

«Wir erleben nicht eine Epoche des Wandels, sondern einen Epochenwandel», sagt der Präsident Ecuadors, Rafael Correa. In der Tat hat sich in Ecuador seit dem Amtsantritt der Regierung Correa im Jahre 2007 vieles verändert. Im Oktober 2008 hat das Land sich mit überwältigender Mehrheit an der Urne eine neue Verfassung gegeben und ist damit in eine neue Epoche eingetreten. Das Neue an dieser Verfassung ist nicht nur, dass sie erstmals in der Geschichte Ecuadors durch einen demokratischen Prozess unter Einbezug der sozialen Bewegungen und Vertretungen der *Indígenas* erarbeitet wurde; neu ist auch das grundsätzliche Paradigma, auf dem sie beruht. Bereits in der Präambel heisst es, mit dieser Verfassung solle «eine neue Art des Zusammenlebens der BürgerInnen» geschaffen werden, «in Diversität und Harmonie mit der Natur, um das Gute Leben, das *Sumak Kawsay*, zu erlangen».

Nur drei Monate nach der Annahme der neuen Verfassung durch das ecuadorianische Volk stimmten die Menschen in Bolivien über eine Neukonstituierung des Landes als «Plurinationaler Staat Bolivien» ab. Die Regierung von Evo Morales Ayma, dem seit 2006 amtierenden ersten indigenen Präsidenten Südamerikas, hatte schon in ihrem ersten Amtsjahr den Impuls zu einer Verfassungsgebenden Versammlung gegeben, welche die neue Verfassung unter Einbezug vieler sozialer – speziell indigener – Bewegungen ausarbeitete. Im Referendum am 25. Januar 2009 stimmten ihr über 61 Prozent der BolivianerInnen zu. Auch hier weist die Präambel darauf hin, dass dieser neue Staat auf den Prinzipien der «Souveränität, Würde, Komplementarität, Solidarität, Harmonie und Ausgewogenheit in der Verteilung des Sozialprodukts» basiert, und dass «die Suche nach dem Guten Leben» sein Ziel ist.

### Das Kollektiv und Mutter Erde

Doch was ist konkret unter diesem «Guten Leben» zu verstehen? Grundsätzlich geht es um ein Leben, in dem die Bedürfnisse der Menschen in einem meist lokalen Rahmen und kollektiv in der Gemeinschaft verstanden und befriedigt werden. Prinzipien des *Vivir bien* sind die Komplementarität, die Reziprozität in allen Beziehungen, die Harmonie unter den Menschen und mit der Natur. Häufig beruft man sich auch auf die überlieferten Lebensformen in den indigenen Gesellschaften, mit ihren traditionellen Formen der Medizin, der kommunalen Justiz und des dörflichen Kollektivs.

*Vivir bien* hat aber in heutigen Gesellschaften noch weiter gehende Bedeutungen: Es ist ein wichtiges Element der definitiven Entkolonisierung der lateinamerikanischen Länder, da man sich wieder auf althergebrachtes Wissen und eigene Erfahrungen stützt, um die Struktur des Kolonialstaats endgültig zu zerschlagen. Insbesondere bietet *Vivir bien* vielen Menschen, die nie so richtig in der Industrie- und Konsumgesellschaft angekommen sind – und dies auch nie wollten – eine Möglichkeit, aus der Dichotomie zwischen Mensch und Natur auszubrechen, um in ihrem Bewusstsein bestärkt zu werden, dass der Mensch ein Teil der Natur ist und nur im Einklang mit ihr, nie aber gegen sie leben kann. Das Gute Leben steht also auch für die Rückkehr zur Mutter Erde.

Wichtig ist, zu wissen, dass das Gute Leben kein intellektuelles Programm ist, sondern vor allem ein in der Gemeinschaft gelebter Prozess. So sagt Evo Morales, früher hätten die Intellektuellen in Europa nachgedacht und Theorien entwickelt, die man dann in Lateinamerika in die Praxis umzusetzen versuchte. Heute hingegen erlebe man in Lateinamerika reale Prozesse des Wandels, und die Intellektuellen müssten hingehen und versuchen, das zu verstehen, was dort geschieht.

### Eine internationale Bewegung

Obwohl das Wissen um das Gute Leben seit vielen Generationen bei den indigenen Völkern vorhanden ist, gibt es also einen Anspruch und auch eine Notwendigkeit, das Konzept international bekannt zu machen. An der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 hat etwa die bolivianische Delegation darauf hingewiesen, dass ein neues Verständnis der Beziehungen zwischen Mensch und Natur auch in den Industriestaaten Not tut und dass die Rechte der Mutter Erde geschützt werden müssen, wenn der Mensch auf ihr überleben will. Auch der venezolanische Präsident Hugo Chávez insistierte an jener Konferenz, dass das zerstörerische kapitalistische Produktionsmodell lebensfeindlich ist, und nahm

den Slogan der Klimabewegung auf, wonach nur ein Systemwechsel den Klimawandel aufhalten kann.

Aufgrund des Scheiterns der Kopenhagener Konferenz lud Evo Morales im April 2010 zur «Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde» ein. Zehntausende aus aller Welt folgten dem Aufruf und debattierten in Cochabamba Auswege aus dem Kapitalismus, der im Abschlussdokument als Ursache für den Klimawandel identifiziert wurde. Im selben Dokument findet sich der Vorschlag für ein neues System der Produktion und des menschlichen Zusammenlebens, das auf folgenden Prinzipien des *Vivir bien* basiert:

- Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
- Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Es ist anzunehmen, dass es noch einige Interaktion zwischen Theorie und Praxis braucht, bis aus diesen Grundsätzen ein sozioökonomisches Projekt wird, das auch in unserem Teil der Welt den politischen Alltag prägen kann. Trotzdem ist klar, dass das Konzept des Guten Lebens eine wichtige

Orientierung sein wird, wenn wir uns auch hier daran machen, die gesellschaftlichen Strukturen im Sinne einer wirklichen Nachhaltigkeit umzubauen.

**Philipp Zimmermann** ist Student der Geschichte und Philosophie, Kolumnist, Präsident der Grünen Spiez. Er engagiert sich in der Solidaritätsbewegung für die emanzipatorischen Prozesse in Lateinamerika.

### ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER RECHTE DER MUTTER ERDE

Vorschlag der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde.

Unserer Mutter Erde werden folgende Rechte zugesichert:

- Das Recht auf Leben und Existenz.
- Das Recht, respektiert zu werden.
- Das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen.
- Das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als unterschiedliches, selbstreguliertes und mit anderen in Beziehung stehendes Wesen.
- Das Recht auf Wasser als Lebensquelle.
- Das Recht auf saubere Luft.
- Das Recht auf integrale Gesundheit.
- Das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein.
- Das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen.
- Das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

